Themenübersicht
Plenar-Pressegespräch
Montag, 9. November 2020

Vorstellung der Initiativen der CDU-Landtagsfraktion für die Plenarsitzungen am 11. und 12. November 2020

Vorsitzender der
CDU-Landtagsfraktion
Christian Baldauf MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU-Landtagsfraktion
Martin Brandl MdL

<u>Themen:</u>

1. **Antrag:**
   „Prävention, Beratung und Intervention in Bezug auf sexualisierte Gewalt – Kinder und Jugendliche effektiv und nachhaltig schützen“

2. **Antrag:**
   „Gute Bildung braucht ausreichend Personal in Kitas und Schulen“

3. **Antrag:**
   „Grundwerte der EU schützen – Bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit müssen effektive Mechanismen greifen“

4. **Antrag:**
   „Freiwillige Pfandpflicht“

5. **Antra**
   „Ökologische Vorteile besser nutzen – Gründachförderung ausbauen“

6. **Sonstiges**

1. Antrag:

„Prävention, Beratung und Intervention in Bezug auf sexualisierte Gewalt – Kinder und Jugendliche effektiv und nachhaltig schützen

Sexuelle Gewalt ist Mord an Kinderseelen

Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Kinderpornographie gehören zu den **widerlichsten und abstoßendsten Delikten** überhaupt. **Sexuelle Gewalt gegen Kinder ist Mord an Kinderseelen.** Lange sind diese Kriminalitätsphänomene unterschätzt worden. Das darf sich nicht wiederholen. Wir haben diese Thematik deshalb in den zurückliegenden Monaten mehrfach in den Mittelpunkt gerückt. **Hier muss ein klarer Schwerpunkt bei der Kriminalitätsbekämpfung gelegt werden.** Dazu gehört nicht nur eine Strafverschärfung, sondern ein breites Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Präventionspaket.

Fallzahlen steigen

Das unterstreichen auch die **Fallzahlen**. Entgegen dem bundes- und landesweiten Trend mit rückläufigen Zahlen bei den Gesamtstraftaten **nehmen die Fallzahlen im Bereich des sexuellen Missbrauchs zu**. Gleiches gilt im Bereich der **Verbreitung kinder- und jugendpornografischer Schriften**. Auch die jüngst in Nordrhein-Westfalen aufgedeckten furchtbaren Fälle von sexueller Gewalt, die Razzien u.a. in Rheinland-Pfalz gegen Konsumenten von Kinderpornographie und die hochkriminelle Verbreitung von kinderpornographischem Material über den **Cyber-Bunker in Traben-Trabach** zeigen die Brisanz der Lage. Zudem haben jüngst Berichte über die Geschehnisse am **Koblenz-Kolleg** Erschrecken ausgelöst. Es geht dabei um sexuelle Übergriffigkeit, Belästigung und Mobbing in der Schule durch Lehrer.

Breiter Ansatz notwendig

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt die **Initiative der CDU-geführten Bundesregierung zur Verschärfung des Strafrechts** bei Taten gegen die sexualisierte Gewalt gegen Kinder. Gleiches gilt für die **Initiative des Unabhängigen Bundesbeauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs.** Er plädiert für ein gemeinsames Vorgehen des Bundes und der Länder gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

Den Bundesländern empfiehlt er die Erstellung einer **umfassenden Defizit- und Bestandsanalyse**. Auf dieser Basis soll dann ein eigener **ressortübergreifender Masterplan zur Verbesserung des Schutzes von Minderjährigen vor sexueller Gewalt** und ihrer Folgen entwickelt und umgesetzt werden. Zudem soll in jedem Bundesland das **Amt eines/einer „Landesbeauftragten für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt“ eingerichtet** werden, der/dem die Federführung für die Erarbeitung eines solchen Masterplans sowie die fachliche Unterstützung bei der Umsetzung übertragen wird.

Was wir wollen:

Mit unserem aktuellen Antrag wollen wir erreichen, dass die Landesregierung:

- eine/n **„Beauftragte/n zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt im Land RLP“ einsetzt** und diese/n hochrangig, aber außerhalb des Systems Schule, ansiedelt,

- **schulische Schutzkonzepte zur Prävention, Beratung und Intervention verbindlich einführt** und die dafür erforderliche personelle und finanzielle Unterstützung zur Verfügung zu stellt,

- einen **Fachtag zu dem Themenkomplex Gewalt** unter besonderer Berücksichtigung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche **durchführt**,

- **Maßnahmen entwickelt**, mit denen Pädagoginnen und Pädagogen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung auf das Thema Gewalt und insbesondere sexualisierte Gewalt vorbereitet werden und Verhaltensregeln erlernen können.

2. Antrag:
„Gute Bildung braucht ausreichend Personal in Kitas und Schulen“

Auswirkungen des Infektionsgeschehens in Kitas und Schulen

Die CDU-Landtagsfraktion beschäftigt sich seit Beginn der Pandemie mit Frage, **welche Auswirkungen das Infektionsgeschehen auf den Kita- und Schulbetrieb in Rheinland-Pfalz** hat. Aktuell **steigen die Corona-Zahlen** unentwegt, was dazu

führt, dass die Lage täglich neu bewertet werden muss. Fakt ist: die steigenden Infektionszahlen haben **massive Auswirkungen auf die Kita-Betreuung und den Unterricht in Rheinland-Pfalz**. Wir müssen uns auf mehr **Unterrichtsausfall, Quarantäne und Schulschließungen** einstellen. Für diese Fälle müssen wir gerüstet sein und **entsprechende Maßnahmen entgegenstellen**. Mit Blick auf dieses Worst-Case-Szenario halten wir die aktuelle Strategie sowie die Maßnahmen des Landes für absolut unverantwortlich. Keine Schule darf Einzelkämpfer im Kampf gegen das Coronavirus sein.

Personal fehlt – Corona verschlimmert die prekäre Situation zusätzlich

Die derzeitige Situation verschärft die **angespannte Personalsituation** an den Schulen und Kitas in Rheinland-Pfalz deutlich. Abgesehen der Corona-Pandemie wurden die **Aufgaben für Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer in den letzten Jahren immer umfangreicher**. Mehr Aufgaben bedeutet zugleich, dass mehr Personal gebraucht wird. Die **Landesregierung hat es allerdings versäumt die erforderlichen Personalressourcen aufzustocken**.

Auch bei der **Unterrichtsversorgung** an den Schulen ist ein vergleichbarer Engpass feststellbar: Bereits vor der Corona-Pandemie war der **Lehrermangel schon ein großes Problem** für unsere Schulen. Durch die Corona-Pandemie wird die Situation weiter verschärft. Die steigenden Infektionszahlen, lassen die Vermutung zu, dass sich die Lage in den nächsten Wochen und Monaten nicht ändern wird. Es ist wahrscheinlich, dass Präsenzunterricht und Homeschooling erneut an vielen Orten parallel erteilt werden müssen.

Wir brauchen eine personelle ErzieherInnen- und LehrerInnen-Reserve

RKI und Lehrerverbände empfehlen **kleinere Klassen**, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Eine **Trennung von Klassen und Gruppen** und ein damit verbundener **Wechselbetrieb an Schulen und Kitas** sind sicher sinnvoll. Erst mit einer **ausreichenden Erzieher- und Lehrerreserve** ist es möglich, **kleine Klassen mit mehr mit mehr Abstand** einzurichten, um unter den gegebenen Umständen so viel Präsenzunterricht wie möglich anzubieten. Insbesondere für die Kurse der Sekundarstufe II sind die Möglichkeiten von Homeschooling in den vergangenen Wochen von Lehrerverbänden aufgezeigt wurden.

Lehrkräfte durch Entfristung von Verträgen sichern und entsprechende Planstellen einrichten

Es ist dringend notwendig, dass **Vertretungslehrerverträge in Planstellen umgewandelt** werden. Wir brauchen eine Systemänderung, um in den nächsten Wochen handlungsfähig zu sein und auf plötzlich auftretende Corona-Situationen im Schulalltag flexibel und schnell reagieren zu können. Auch Optionen mit kleineren Klassen werden erst dann umsetzbar sein, wenn die **personellen Ressourcen verstärkt** werden. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Schulen im Land, ihre Schulleiterinnen und Schulleiter, das Lehrpersonal sowie die Schülerinnen und Schüler in dieser schwierigen Zeit und den drohenden Herausforderungen.

Diese Maßnahmen beziehen sich zwar insbesondere auf die jetzige Zeit, doch auch nach Corona ist Handlungsbedarf vorhanden. Die Tatsache, dass **mehr als ein Drittel aller der Schülerinnen und Schüler die Grundschule ohne ausreichende Lese- und Schreibkompetenz** verlässt, ist alarmierend. Es ist eine der Kernaufgaben rheinland-pfälzischer Bildungspolitik, dieser **Fehlentwicklung kraftvoll entgegenzutreten**. Um diesem Problem entgegenzuwirken braucht es **mehr Zeit, individuelle Förderung und eine Deutschoffensive** – und das bedeutet zugleich: **mehr Lehrkräfte**. Derzeit gibt es keine langfristige Strategie, um dem erhöhten Bedarf an Erzieher/innen und Lehrkräften zu begegnen. Es bedarf daher sowohl im Kita- wie im Schulbereich dringend eines z**ielgerichteten Personalmanagements** für die Zukunft, um qualitativ gute Bildung sicherzustellen.

Was wir wollen

- **Entfristung von Vertretungsverträgen** von Lehrkräften und Umwandlung in Planstellen.

- Aufbau einer **personellen Erzieher- und Lehrerreserve.**

- **Erstellung einer ganzheitlichen Untersuchung**, in der überprüft wird, was junge Menschen davon abhält, in Rheinland-Pfalz als Lehrerin oder Lehrer bzw. als Erzieherin oder Erzieher zu arbeiten.

- **Überprüfung,** ob und welche veränderten **Ausbildungsbedingungen** zu mehr Bewerbern führen.

- **Schaffung einer klaren und transparenten Perspektive für Lehramtsabsolventen** mit Blick auf eine Einstellung im RLP-Schuldienst, statt Vertretungsverträgen.

3. Antrag:

„Grundwerte der EU schützen – Bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit müssen effektive Mechanismen greifen“

Stimmung in der EU hat sich verändert

Die Stimmung innerhalb der EU hat sich spürbar verändert. Immer häufiger bestimmen Staaten die Schlagzeilen, die **aus den in der EU geltenden Regeln ausscheren und eigene Sonderwege gehen wollen**. Dies betrifft das solidarische Handeln in der EU, z.B. in der Flüchtlingsfrage, und nicht zuletzt auch die zentrale Frage der inneren Verfasstheit.

Sorge um die Rechtsstaatlichkeit

Das Prinzip der **Rechtsstaatlichkeit ist ein zentraler Grundpfeiler** der Europäischen Union. Umso erschreckender ist es, dass die EU-Kommission in einem im September erschienen Bericht in einigen Mitgliedstaaten **besorgniserregende Entwicklungen** sieht. Das gilt insbesondere für Polen und Ungarn. Jüngstes Beispiel hierfür ist die **Stigmatisierung der LGBTQ-Community** im Kontext des **polnischen Präsidentschaftswahlkampfes**. Ungarn hat wiederholt durch **Eingriffe in die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz** negative Schlagzeilen gemacht.

Sanktionierung schwierig

Das in der EU geltende **Einstimmigkeitsprinzip** macht eine **Sanktionierung sehr schwierig**, in vielen Fälle unmöglich. Eine Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten hat daher Ende September einem **Vorschlag der deutschen EU-Ratspräsidentschaft** zugestimmt, der auf eine **finanzielle Ahndung** von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit innerhalb der EU abzielt. Der Verfahrensvorschlag wird gegenwärtig im Europäischen Parlament beraten.

Was wir wollen

Rheinland-Pfalz als Grenzland im Herzen Europas mit zahlreichen Partnerschaften, nicht zuletzt auch mit der polnischen Woiwodschaft Oppeln oder der tschechischen Region Mittelböhmen, steht es gut zu Gesicht, sich hier einzubringen. Notwendig ist deshalb:

- **Verankerung eines wirksamen und fairen Rechtsstaatsmechanismus** mit dem Ziel der Einbehaltung von EU-Finanzmittel bei schwerwiegender und anhaltender Verletzung der gemeinsamen Werte der EU. Das gehört die Einführung eines Abstimmungsverfahrens, das die Blockade eines Beschlusses im Europäischen Rat durch eine Minderheit verhindert.

- **Einsatz im Europäischen Ausschuss der Regionen** für ein entschiedenes Vorgehen gegenüber EU-Mitgliedsstaaten, die Verstöße gegen die Grundprinzipien der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit begehen.

- Ggf. Thematisierung in und mit **betroffenen Partnerregionen**.

- **Jährlicher Bericht im Ausschuss für Europafragen und Eine Welt** zum Rechtsstaatlichkeitsbericht der EU-Kommission.

Dafür soll sich die Landesregierung einsetzen.

4. Antrag:
„Freiwillige Pfandpflicht“

Plastikmüll reduzieren

Abfälle, besonders aus Kunststoff, sind ein globales Problem – jedes Mittel zur Müllvermeidung wollen wir entschlossen angehen. Daher schlagen wir die **Ausweitung der Pfandpflicht auf alle Einweg-Kunststoffflaschen** (sowie alle Getränkedosen) vor, **unabhängig von der abgefüllten Getränkeart**. Durch die Einführung einer freiwilligen Pfandpflicht, könnte dem Wertstoffkreislauf jährlich eine Menge von **44.000 Tonnen recyclingfähiges Plastik** zugeführt werden. Dies würde zu einer Erhöhung der Recyclingquote führen und das Abfallaufkommen verringern, denn mit der Aus-

weitung der Pfandpflicht ginge eine Stärkung von Mehrwegverpackungen zwangsläufig einher. Die Bundesländer **Hessen und Baden-Württemberg** haben einen **Antrag zur Ausweitung der Pfandpflicht auf alle Getränkedosen und Einweg-Kunststoffflaschen im Bundesrat bereits eingebracht.**

An Verbraucher denken

Neben der **Umwelt** haben wir auch die **Verbraucherinnen und Verbraucher** im Blick: Mit einer Ausweitung der Pfandpflicht auf Säfte, Schorlen, diverse Milchprodukte etc**. verliert das bisherige Pfandsystem seine Unübersichtlichkeit** – die Bürgerinnen und Bürger können alle Einweg-Getränkeverpackungen gegen einen Pfand-Bon in ihre Einkaufs- und Getränkemärkte zurückbringen.

Technologischer Fortschrift

Bisher wurden besonders **Safthersteller explizit von der Pfandpflicht ausgenommen**, da der sogenannte „Multi-Layer“ – mehrschichtiges PET mit Nylon als Sauerstoffbarriere – der je nach eingesetzter Technologie ein Flasche-zu-Flasche-Recycling erschwerte oder sogar unmöglich machte. Mittlerweile hat sich die **Verfahrenstechnik allerdings weiterentwickelt**. **Viele Safthersteller haben ihre Anlagen auf alternative Technologien umgerüstet**, stellen recyclingfähige PET-Flaschen her und hoffen auf eine Neuregelung des Verpackungsgesetzes, zumal die **EU-Kommission** schon seit rund zehn Jahren eine Diskriminierungsfreiheit bei der Bepfandung von Plastikflaschen vorsieht.

Was wir wollen

Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass die Landesregierung:

- auf Landesebene **bei betroffenen Herstellern der Getränkeindustrie** für die **Ausweitung der Pfandpflicht** wirbt,

- alternative Möglichkeiten aufzeigt, wie die **Recyclingquote** in Bezug auf **Flaschenpfand weiter erhöht** werden kann,

- sich dem **Antrag der Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg** im Bundesrat zur **Ausweitung der Pfandpflicht anschließt**.

5. Antrag

„Ökologische Vorteile besser nutzen – Gründachförderung ausbauen“

Gründächer – nicht nur schön anzusehen

Gründächer sind natürlich nicht nur eine **ästhetische Frage**. Klar, sie sind in der Regel schön anzusehen aber es gibt **noch mehr Vorteile**. Gerade in **Städten und Verdichtungsräumen**, die eine **höhere Schadstoffbelastung** der Luft aufweisen, haben sie auch **große ökologische Bedeutung**: Sie **verbessern das Klima** in schadstoffbelasteten Innenstädten, sie sind **Lebensraum für Insekten und Vögel** und sie **entlasten bei Starkregen die Kanalisation**.

Land sollte mit gutem Beispiel vorangehen

Viele **öffentliche Gebäude** haben große Flachdächer und sind daher aufgrund ihrer Baulichkeit **gut für eine Begrünung geeignet**. Das Land sollte das nutzen und **mit gutem Beispiel vorangehen**. Optimal wäre eine **Kombination von Dachbegrünung und Photovoltaik-Anlagen**. Eine flächendeckende Dachbegrünung gerade in Kombination mit der Nutzung von Solarenergie auf öffentlichen Gebäuden unterstützt den **Klimaschutz** und das **Gelingen der Energiewende**.

Was wir wollen

- Eine **Bestandsaufnahme von Gründächern** auf öffentlichen Gebäuden.

- **Erfassung der geeigneten Flächen** für Gründächer und Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden.

- **Festlegung von Ausbauraten** für Gründächer und Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden.

- **Dachbegrünung als zusätzliche Möglichkeit beim Neubau und bei der Dachsanierung von öffentlichen Gebäuden** z.B. als Wärmeschutz (vgl. § 16 I 2 LBauO RLP) einzuführen und dabei die Kombination von Gründächern mit Photovoltaik-Programmen zu prüfen;

- **Zusammenführung der derzeitigen Förderprogramme** für Gründächer für Privatpersonen.

- Ggf. **Schaffung von Anreizen für Dachbegrünungen** bei privaten Neubauten sowie Sanierungsmaßnahmen durch ergänzende Landesförderprogramme.

6. Sonstiges

Aktuelle Debatte, Mittwoch, 11. November 2020

„Systematische und planmäßige Rechtsverstöße bei der Beförderungspraxis der Landesregierung“